

Bericht

GAYCOM 2010

Vernetzungstreffen der in der Landes- und Kommunalpolitik tätigen Akteure einer aktiven Minderheitenpolitik für Lesben und Schwule in NRW

am Samstag, 30. Oktober 2010 von 12.00 bis 17.00 Uhr

im Ministerium für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter | Düsseldorf

1 Die GAYCOM 2010

Am Samstag, 30. Oktober 2010 fand im Ministerium für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter des Landes Nordrhein-Westfalen in Düsseldorf mit der 7. GAYCOM das Vernetzungstreffen 2010 der in der Landes- und Kommunalpolitik tätigen Akteur_innen einer aktiven Minderheitenpolitik für Lesben und Schwule in NRW statt.

Die Geschäftsstellen der LAG Lesben in NRW und des Schwulen Netzwerks NRW hatten die Tagung im Auftrag von Steffen Schwab und Reinhard Klenke vom Vorstand des Schwulen Netzwerks NRW e.V. und Heike Kivelitz und Andrea Mielek vom Vorstand der LAG Lesben in NRW e.V. auf Einladung der Staatssekretärin Marlis Bredehorst im Ministerium für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter des Landes Nordrhein-Westfalen koordiniert. Eingeladen waren Akteur_innen aus Vereinen, Politik und Verwaltung und von kommunalen Runden Tischen der örtlichen Lesben- und Schwulenpolitik und weitere Akteure der kommunalen wie auch landesweiten Minderheitenpolitik für Lesben und Schwule in NRW.

Das MGEPA folgte mit seiner Einladung der Tradition der Städte Essen, Köln, Wuppertal, Dortmund, Duisburg und Düsseldorf, die seit 2003 diesen „lesbisch-schwulen Städtetag in NRW“ ausgerichtet hatten.

Der Sitzungssaal im MGEPA war bis auf den letzten Platz besetzt. Der Landesvorsitzende des Schwulen Netzwerks NRW Steffen Schwab begrüßte die Anwesenden im Namen der beiden Verbände, Staatssekretärin Bredehorst begrüßte im Namen des MGEPA.

Zunächst erläuterte Staatssekretärin Bredehorst die Vorhaben der Landesregierung im Bereich einer aktiven Minderheitenpolitik für Lesben, Schwule und Trans* Menschen.

VertreterInnen weiterer Kommunen aus NRW und seitens der Landesregierung traten darüber hinaus in einen Austausch zur Situation der Minderheitenpolitik für Lesben und Schwule in NRW.

Es berichteten Vertreter_innen aus

Bochum,

Dortmund,

Duisburg,

Düsseldorf,

Essen,

Euskirchen,

Gelsenkirchen,

Köln,

Mönchengladbach,

Mülheim/Ruhr,

Bielefeld mit Ostwestfalen-Lippe,

Siegen

und Wuppertal.

Neben den Vertreter_innen der Landesverbände LAG Lesben in NRW e.V., Schwules Netzwerk NRW e.V. und dem Landesverband NRW des Lesben- und Schwulenverbands Deutschland LSVD e.V., der LAG queerhandicap, den Lesbischen Lehrerinnen NRW e.V., SchLAu NRW und dem Landesverband NRW der Wirtschaftsweiber e.V. nahmen seitens des Ministeriums für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter die Staatssekretärin Marlis Bredehorst mit Eva-Marie Frings, Sabine Schattmann-Uttke, Harald Naujoks und Gudula Bertram teil. Außerdem konnten wir die Landtagsabgeordneten Josefine Paul und Arndt Klocke von Bündnis 90 / Die Grünen und Bärbel Beuermann von der Fraktion die LINKE als Vorsitzende des Frauenausschusses begrüßen.

Programmplan

- 12.00 Anreise | Come together und Imbiss
- 12.30 Begrüßung durch den Vorstand des Schwulen Netzwerks NRW
Einführung in die Veranstaltung | Kurze Vorstellungsrunde
- 13.00 Begrüßung durch Frau Staatssekretärin Marlis Bredehorst und Skizzierung des Arbeitsfeldes „Lesben, Schwule, Bisexuelle und Transgender“ in der Landespolitik / Aktionsplan gegen Homophobie
- 14.00 Berichte zur aktuellen Situation der kommunalen Minderheitenpolitik durch die VertreterInnen der anwesenden Kommunen
- 15.15 Pause
- 15.30 Skizzierung der Kommunalfinanzierung | Erklärung der drei Landesverbände
- 16.15 Perspektiven der kommunalen und landesweiten Förderpolitik 2011 | Stand der ARCUS-Stiftung | Aktuelles
- 16.50 Schlusswort und Verabschiedung

Moderation: Gabriele Bischoff

Dokumentation: Alexander Popp

2 Kommunale Minderheitenpolitik für Lesben und Schwule durch die neue Landesregierung

Staatssekretärin Marlis Bredehorst hob in ihrer Rede zunächst die gewachsene Bedeutung der GAYCOM hervor und wies darauf hin, LSBT auf Landesebene wieder mehr Gewicht bekommen haben und ein wichtiger Schwerpunkt der Arbeit der Landesregierung wird.

Die neue Landesregierung will eine emanzipierte Gesellschaft ohne Ausgrenzung, will der Homophobie massiv begegnen, den Grundstein für eine selbstbestimmte und gleichberechtigte Teilhabe der unterschiedlichen Lebensformen legen. Das spiegelt sich im Koalitionsvertrag sowie in der Regierungserklärung von Ministerpräsidentin Hannelore Kraft und im Einsatz von Ministerin Barbara Steffens wider.

Innerhalb des MGEPA sei inzwischen ein Problemverständnis für LSBT als Querschnittsthema gewachsen.

Um ein anderes gesellschaftliches Klima herzustellen, müssen die Landesstrukturen unterstützt, die Aktivistinnen gestärkt und Sichtbarkeit flächendeckend erzeugt werden. Aufklärung zu homophoben Einstellungen und der Lebenssituation der Minderheit ist wichtig.

Dabei ist es wichtig, LSBT als Querschnittsthema zu begreifen. Das wird eine wichtige Aufgabe des Referates sein, dass sich nun wieder ausschließlich dem Thema „Lebensformenpolitik, Politik für gleichgeschlechtliche Lebensweisen“ widmen könne.

Auch will die Landesregierung den Diversity-Gedanken vorantreiben. Alle Menschen sollen in ihrer Eigenart ein selbstbestimmtes Leben führen können. Es geht darum, mit anderen Ressorts zusammen zu arbeiten und weitere Querschnittsthemen (z.B. Behinderung und Migration) zu berücksichtigen.

Das „Allerwichtigste“ sei, die LSBT-Infrastruktur – insbesondere die beiden Landesverbände – zu stärken. Das ist haushalterisch nicht ganz einfach. Der größte Angriffspunkt an die derzeitige Landesregierung ist ja, dass sie zu viel ausgibt. Die Landesregierung bemühe sich aber kräftig und arbeite dabei eng mit den Fraktionen zusammen, über die Regierungsfractionen hinaus. Ziel sei es, in 2011 wieder ausreichend Mittel bereit zu stellen, die parlamentarische Zustimmung vorausgesetzt.

Ein Aktionsplan gegen Homophobie wird entwickelt: Ein Programm, wie wir die LSBT-Arbeit voranbringen können. Es gibt eine Kabinettsvorlage zur Abstimmung im November, die den Startschuss geben soll. Das würde dann alle Ministerien in die Pflicht nehmen.

Bestimmte Dinge müssen auch geldmäßig unterfüttert werden. Ein Aktionsplan gegen Homophobie muss auch bestimmte Dinge benennen, die nötig sind, die dann sukzessive ausgebaut werden müssen. Viele Entscheider sind sich der Probleme aber zur Zeit noch nicht bewusst.

Die Entwicklung des Aktionsplans braucht wohl etwa ein Jahr und soll dann ab 2012 umgesetzt werden. Zwischenzeitlich wird aber selbstverständlich die bereits geleistete Arbeit nicht ruhen.

Schließlich zeigt sich Frau Bredehorst beeindruckt, wie viele Aktivist_innen es in den Regionen gibt. Als Landesregierung wolle man mit den Akteur_innen vor Ort etwas Gemeinsames entwickeln und nicht von oben oder nebenbei.

In einer kurzen Nachfragerunde wurde insbesondere das Thema Schulaufklärung angesprochen. Hier brauche es Druck auf die Kommunen und verstärkte Förderung auch regionaler Angebote. Auch die Lehrer_innenausbildung sei wichtig.

Außerdem gibt es Nachfragen zur geplanten Struktur des Entwicklungsprozesses des Aktionsplans. Seitens der Community seien ja nicht unerhebliche ehrenamtliche Ressourcen angefragt.

Frau Bredehorst stellt dazu die Überlegung vor, eine Planungsgruppe einzurichten, die dann Unterarbeitsgruppen vorschlagen soll. Die Planungsgruppe wolle sie selbst leiten. Völlig offen sei noch der Name des Aktionsplans, der aber sowohl positiv werbend sein, als auch Diskriminierung und Homophobie benennen müsse. Außerdem solle auch Transphobie berücksichtigt werden.

3 Berichte zur Situation der Kommunalen Minderheitenpolitik durch die VertreterInnen der anwesenden Kommunen

In **Bielefeld** gibt es einen schwulen Oberbürgermeister. Das Thema LSBT kommt langsam in der Kommunalpolitik an. Erstmals wurde dieses Jahr die Regenbogenflagge gehisst, erstmals gab es einen Empfang im Rathaus, der sehr gut angenommen wurde.

In **Dortmund** hat sich mit dem neuen Oberbürgermeister viel getan, der viel von einer Stadt der Vielfalt hält. Es ist eine Koordinationsstelle für LSBT geplant, angesiedelt im Amt des OB. Auf der offiziellen Homepage der Stadt sind LSBT jetzt sichtbar. Finanziell ist die Situation angespannt. Der pudelwohl-Gesundheitsladen wird als neues Projekt nun offiziell gefördert. Eine Umfrage beim CSD in Dortmund hat unter anderem ergeben, dass man mit Dortmund verbindet, dass sich schwule Männer wohl fühlen, die lesbischen Frauen weniger. Innerhalb des Schwul-lesbischen Arbeitskreises SLADO gibt es nun einen Lesben-AK.

Aus **Duisburg** gibt es leider nicht sehr viel Positives zu berichten. Der CSD ist ausgefallen, weil es zu wenig Ressourcen gab und auch ein alternativ von der AIDS-Hilfe geplantes Sommerfest wegen des Unglücks der Love Parade nicht stattfinden konnte. Ausfallen wird auch die Veranstaltungsreihe „Ein Blick zu anderen Ufern“, auch hier mangelt es zur Zeit an Mitarbeit. Vielleicht folgt nächstes Jahr im März eine neue Veranstaltung mit einem moderneren Titel „Queer Life Duisburg“ in der Hoffnung auf mehr Zuspruch. Im Frauenbereich jedoch würde die Zusammenarbeit mit der Stadt Duisburg ganz gut klappen.

In **Düsseldorf** gibt es das Forum Düsseldorfer Lesben- und Schwulengruppen, ein kommunaler Runder Tisch konnte aber nicht wieder belebt werden seit 2001. Ein Klärungsgespräch mit der Verwaltung brachte leider nichts. Aber die Verwaltung gibt viel Hilfestellung bei der Ausrichtung des Düssel-Cup unter der Schirmherrschaft des Oberbürgermeisters. Eine Ausstellung „Gegen die Regeln im Sport“ war Ratsbeschluss, die Community aber nicht eingebunden. Die Website der Kommune ist leider veraltet, die Marketing-Website ist auf dem aktuellen Stand. Die Stadt hat Mittel für SchLAu Düsseldorf und das Jugendzentrum

PULS zur Verfügung gestellt. Der KG Regenbogen hat Düsseldorf auf dem NRW-Fest vertreten. Dieses Jahr kam das Theaterprojekt HERstory auf die Bühne und wird im Dezember wiederholt. Der Frauen- und Lesbenkulturverein KOMMA wurde als einziger im Kulturhaushalt gekürzt. Nach heftigen Protesten gibt es ein Signal, dass das wieder zurückgenommen wird. Die Initiative für ein Denkmal kommt in die nächste Phase, Gespräche mit Politik sind anberaunt. Es gibt ein neues Faltblatt der Fachgruppe des kriminalpräventiven Rates und eine interaktive Ausstellung „Rosenstraße“ zum Thema häusliche Gewalt, erstmals auch mit Thematisierung der Gewalt in lesbischen und schwulen Beziehungen. Die Landeskoordinatorin der Anti-Gewalt-Arbeit für Lesben und Schwule Almut Dietrich sitzt mit auf dem Podium. Ein Höhepunkt für nächstes Jahr dürfte der Eurovision Song Contest sein. Und noch ein Nachtrag zur GAYCOM im letzten Jahr, auf der das Thema „betrunzene Junglesben, die von CSD zu CSD wandern“ besprochen wurde: Die LAG Lesben hat sich des Themas angenommen und BZgA-Kontakte geknüpft, damit Peer groups auch für diese Zielgruppe entsprechend geschult werden, evtl. auch in Kooperation mit der IWWIT-Kampagne der Deutschen AIDS-Hilfe. Auch eine Fachkonferenz kommunaler Alkoholprävention wird das Thema aufgreifen.

In Düsseldorf wird außerdem das Webportal www.gay-web.de erneuert. Der CSD hatte mit Terminierungsproblemen zu kämpfen, der Burgplatz ist gut geeignet. Zudem gibt es bei Fortuna einen neuen schwul-lesbischen Fußball-Fanclub, der mit den queerfootballfanclubs vernetzt ist. Leider wurde der Tuntentlauf am Karnevalssamstag wegen Sicherheitsbedenken gestrichen.

Es gibt ernsthafte Überlegungen, die EuroGames nach Düsseldorf zu holen.

In der Kulturhauptstadt **Essen** wurde auf der A 40 das Projekt STILLEBEN mit viel Beteiligten durchgeführt, darunter 50 Meter mit rein lesbisch-schwulen Themen. Der CSD wurde um Programmpunkte erweitert. Es wurde wieder der politische Preis vergeben und ein Polittalk veranstaltet. Es gab eine Schweigeminute für die Opfer der Love Parade. Im Ruhrlandmuseum ist die erste Ausgabe der ROSA ZONE-Zeitung ausgestellt. Im Ruhrgebiet gibt es die FRESH als neue Zeitung.

Im Zuge einer Auseinandersetzung um homophobe Äußerungen des katholischen Bischofs von Essen, gab es ein Klärungsgespräch mit Vertreter_innen der Community. Die Situation bleibt aber angespannt.

Seit 10 Jahren gibt es hier ein Jugendzentrum und eine ehrenamtliche Beratergruppe. SchLAu Essen befindet sich in einer schwierigen Situation. Die Systeme Ehrenamt und Schule sind schwer zueinander zu bringen. Das Düsseldorfer Modell der Absicherung der SchLAu-Arbeit sollte Vorbild für andere Kommunen sein.

In Essen ist außerdem eine neue Gruppe mit geistig behinderten Schwulen und Lesben gestartet, angegliedert bei der Caritas. Das Handlungsprogramm der Stadt ist jetzt überarbeitet und kommt in den Rat.

In **Euskirchen** in der Eifel gibt es einen hohen lesbischen Bevölkerungsanteil auch wegen des Frauenbildungshauses in Zülpich. Die Lesben sind meist bin der Frauenszene aktiv. Sie küren jedes Jahr eine Frau, dieses Mal keine ältere Dame sondern eine Fußballerin. Als Lesbe auf dem Land ist so eine Auszeichnung jedoch nicht ganz einfach, frau will nicht unbedingt in der Zeitung stehen. Das Coming Out bedeutet hier einen Zuwachs an sozialer Kontrolle und nicht an sozialer Autonomie. Deswegen ist ein Aktionsplan so wichtig.

In **Gelsenkirchen** wurde der Umbau des Jugendzentrums völlig aus Spenden finanziert. Es gab auch eine Umfrage unter Jugendlichen, um Schwellenängste zu überwinden. Die Youthwork-Stelle ist inzwischen kommunalisiert, die Hoffnung besteht, dass das weiter läuft.

Seit Juni gibt es in **Köln** das Referat für Lesben, Schwule und Transgender nach dem Ratsbeschluss von 2009 (dort waren 2 ½ Stellen beschlossen). Nun gibt es 1 Stelle (mit Christian Rahmfeld besetzt) nicht zuletzt Dank der ehemaligen Sozialdezernentin Marlis Bredehorst. Hauptthemen sind derzeit die Umstrukturierung der Stadt-Arbeitsgemeinschaft, das EU-Programm Ahead (mit Barcelona, Tiern und Köln und 5 Unis in EU, das ein Weißbuch mit guten Beispielen kommunaler LASBT-Politik zum Ziel hat. Auch ein Diversity-Konzept soll im Rat beschlossen werden.

In der Stadt AG gibt es eine intensive Debatte über Struktur, Mitgliedschaft und Aufgabe. Einmalig für NRW ist das im Stadtrecht verankert mit Rede- und Antragsrecht in den Ausschüssen. Seit letzter Wahl sind nun auch Rechtsradikale in der Stadt AG vertreten. Der Sparzwang im Haushalt führte zu ca. 8 Prozent Kürzung, das betrifft auch den lesbischschwulen Bereich. Die GayGames waren sportlich ein toller Erfolg. Marketingmäßig hätte sich die Stadt das mehr zu eigen machen können. Im Rahmen der Städtepartnerschaften (23 an der Zahl) pflegt Köln seit einigen Jahren den Kontakt auch im lesbisch-schwulen Bereich, dieses Jahr mit Tel Aviv. Andreas Wolter aus dem Rat ist mit Marlis Bredehorst in Kattowitz gewesen bei einem konservativen stellv. Bürgermeister. Erstmals sei dort mit den Organisationen vor Ort zu einem Empfang eingeladen worden.

Anlässlich des 25-jährigen Bestehens der AIDS-Hilfe Köln gab es einen Empfang beim Oberbürgermeister. Nächstes Jahr ist ein CologneLeatherPride geplant. Der Kölner CSD colognepride hatte in diesem Jahr das sehr emotionale Motto „Stolz bewegt“. Selten haben das Thema so viele Menschen umgesetzt, Der CSD bleibt eine politische Veranstaltung, aber so ein großes Event lastet auf 5 Ehrenamtlichen und 1 Hauptamtlichen. Das Event muss gegenfinanziert werden. Nach dem Unglück der Love Parade der Kölner Lesben- und Schwulentag KLUST sehr schnell pressemäßig involviert.

Der Frauengeschichtsverein will eine Lanze brechen für Kulturprojekte. Es gibt eine enge Zusammenarbeit mit dem Centrum Schwule Geschichte, dessen Ausstellung zu 50 Jahre Lesben und Schwule in der BRAVO, war sehr gut. Der neue Leiter des Stadtmuseums ist schwul, davon erhofft man/frau sich mehr Sichtbarkeit.

Der LSVD OV Köln feiert sein 20 jähriges Bestehen. Es wird an einer Regenbogenbrücke mit Tel Aviv und Maneo aus Berlin „gebaut“. Ein Runder Tisch mit der Polizei in Köln ist anvisiert, die aktuelle neue Debatte um Homophobie soll aufgegriffen werden. Selbstkritisch habe man eine Analyse der eigenen Beratungsangebote angegangen (SÜT, Migranten, Rechtsberatung). Der LSVD verfolgt das Ziel, flächendeckend möglichst niedrigschwellig Leute, die betroffen sind, auffangen zu können vor allem auch in den Randbezirken. Außerdem soll eine 3. Säule zu Transgender beim LSVD aufgebaut werden.

In **Mönchengladbach** gibt es viele Menschen aber leider noch wenig Aktivität. Allerdings ist dort der erste schwul-lesbischer Karnevalsverein vor 6 Jahren gegründet worden, mit unglaublicher Popularität in der Stadt und viel Resonanz. Der Verein will nun verstärkt über den Tellerrand sehen, weil er auch eine gesellschaftliche Aufgabe sieht.

In **Krefeld** gibt es leider keine aktive Jugendgruppe mehr, aber immer noch eine Beratungsinitiative.

In **Mülheim** gibt es kommunale Unterstützung, obwohl es dort keinen kommunalen Runden Tisch gibt. Der Sozialverein für Lesben und Schwule ist gut präsent, vor allem das Jugendzentrum. Im Beratungsbereich ist es schwierig, wenig Hauptamt unterstützt viel Ehrenamt – hier gibt es nur eine Rumpffinanzierung. Es gibt Gruppen aber zu wenig Ressourcen. Außerdem gibt es zwar ein Jugendzentrum und eine Beratungsstelle aber keine AIDS-Hilfe. Diese Arbeit wird vom Verein mitgetragen, ohne Finanzierung. Das steht nun auf der Kippe. 2 Themen bewegen besonders: Zum einen Auseinandersetzungen im Kontext des Islam, aber auch im Kontext evangelikaler Christen. Es gibt jetzt eine eigene Gruppe mit Jugendlichen, die aus solchen Familien kommen. Zum anderen die Angebote in der Ferienzeit, da habe es großen Zulauf. Es wird appelliert, dass auch Angebote an entlegenen Orten geschaffen werden.

Mit einem Standfest am Aasee wurde in Münster der CSD zum zweiten Mal wieder belebt. Eine Demonstrationssparade gibt es noch nicht. Im November gibt es ein Filmfest. Die Projekte sind von Haushaltskürzungen betroffen, aber die kommunale Förderung ist eh sehr gering.

Ursprünglich war diese GAYCOM für **Siegen** geplant. Dort gab es Kommunikationsschwierigkeiten mit der Verwaltung. Die Dezernentin hatte gewechselt. Man werde aber einen erneuten Versuch starten. Der NRW-Tag fand in Siegen statt. Obwohl Traditionsvereine Vorrang hatten, gab es immerhin eine schwul-lesbische Cheerleader-Gruppe auf der Sportbühne. Der CSD war sehr erfolgreich dieses Jahr. Da lieferte der Bürgermeister auch ein Grußwort, obwohl Gegenwind aus der eigenen CDU-Fraktion kommt. Ein Klima gewisser Angst wird auch von den vielen evangelikalen Freikirchen in der Region geprägt. Die Beratungsstelle der SIS läuft gut, es gibt kleine Fortschritte bei der kommunalen Finanzierung. Die Schulaufklärung findet auch langsam mehr Akzeptanz, insbesondere im AIDS-Präventionsbereich. Ein entsprechendes Präventionsprojekt wurde etabliert und auch der Versorgungsbereich ins Auge gefasst. Siegen hat übrigens neues Motto für die Stadtentwicklung: „Siegen zu neuen Ufern“ – der Deckel über der Sieg soll geöffnet werden.

4 Kommunale Finanzierung | Erklärung der Verbände

Der GAYCOM liegt eine Tischvorlage der Verbände in Anlehnung an einen Brief an die Kölner Ratsfraktionen zu dortigen Kürzungsandrohungen vor.

Vorstand Steffen Schwab vom Schwulen Netzwerk NRW erläutert zunächst, dass sich das Schwule Netzwerk NRW seit längerer Zeit mit der finanziellen Situation der Projekte vor Ort befasst. Es wurde eine entsprechende Bestandsaufnahme gemacht und gemeinsam mit der LAG Lesben in NRW und dem LSVD Landesverband Position bezogen. Es wurden gemeinsame Positionen formuliert und dort, wo die örtlichen Projekte das wünschten, auch Unterstützung angeboten. So ging ein Brief an die Fraktionen im Rat der Stadt

Köln, jetzt liegt er als gemeinsame Stellungnahme der Landesverbände vor. Die Verbände vertreten die Auffassung, dass bisher keine Gleichbehandlung in der Mehrheitsgesellschaft erreicht worden ist, und dass es daher keine Gleichbehandlung bei der Frage der Kürzungen geben darf. Die Stellungnahme ist auch als Argumentationshilfe für vor Ort gedacht.

Es folgte eine kurze Lesepause des Dokuments.



Gemeinsame Stellungnahme der lesbisch-schwulen Landesverbände in Nordrhein-Westfalen:

Vor den laufenden Debatten um kommunale Kürzungen und im Blick auf die weiterhin notwendige Stärkung einer aktiven Minderheitenpolitik für Lesben und Schwule erklären der Lesben- und Schwulenverband Deutschland / Landesverband NRW, das Schwule Netzwerk NRW e.V. und die LAG Lesben in NRW e.V.:

1. Lesben und Schwule „wollen“ keine „Sonderrolle“ einnehmen, wie gelegentlich unterstellt wird. Sie befinden sich als soziale Minderheit per se in einer benachteiligten Position.

Die offen gelebte Homosexualität von bekannten Persönlichkeiten in Politik und Kultur erweckt den Eindruck, dass Lesben und Schwule in Deutschland weitgehend als integraler Bestandteil der Gesellschaft begriffen werden.

Die Lebensrealität vieler Lesben, Schwuler und Transgender sieht jedoch anders aus. Laut einer Studie der Antidiskriminierungsstelle des Bundes aus dem Jahr 2008 wollen 61 % der Bundesbürger nach wie vor nichts mit Homosexualität zu tun haben, 46 % fühlen sich von öffentlich sichtbaren Männer- und Frauenpaaren (Küsse in der Öffentlichkeit) provoziert. Die diesjährigen Ergebnisse der Langzeitstudie zu gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit von Heitmeyer zeigen eine Zunahme von Homophobie und Antisemitismus bei gleichzeitigem Rückgang anderer gruppenbezogener Abwertungen. Diese Tendenz zur Abnahme von Akzeptanz zeigte sich bereits vor einigen Jahren bei der Befragung von Jugendlichen. Dementsprechend gehören Diskriminierung, bis hin zu massiven Gewalterfahrungen, zum Alltag von Lesben, Schwulen und Transgendern. Besonders davon betroffen ist die Gruppe der Jugendlichen, die eine allgemeinbildende Schule besuchen. Hier liegt der Anteil derjenigen, die in den letzten 12 Monaten von Beschimpfung, Bedrohung oder Körperverletzung betroffen waren, bei 61 % (im Vergleich zu 41 % aller befragten schwulen Männer der 2. Maneo-Studie 2007/2008).

Die Diskriminierung von Lesben und Schwulen ist nach wie vor massiv, negative Einstellungen gegenüber gleichgeschlechtlichen Lebensweisen haben zugenommen, medial kommunizierte Akzeptanzserfolge bewerten wir insofern als brüchig. Beratungs-, Bildungs- und Jugendprojekte, die diesem Trend entgegenwirken, müssen deshalb zusätzlich und nachhaltig gefördert werden.

2. Die Strukturen sind jung, sie haben sich gegen staatliche Repression sehr kreativ und innovativ entwickelt. Kürzungen gefährden sie im Kern.

Gegen staatliche Repression, die erst mit der Abschaffung des §175 im Jahr 1994 entschärft wurde und deren endgültige Beseitigung durch rechtliche Gleichberechtigung immer noch aussteht, entwickelte die Community aus sich heraus dringend erforderliche Beratungs- und Selbsthilfeangebote. Erst 40 Jahre nach Gründung der Bundesrepublik hat die öffentliche Hand begonnen, dieses bürgerschaftliche Engagement durch marginale Zuwendungen zu unterstützen, in den meisten Kommunen oftmals sehr viel später.

Heute gibt es neben der Diskriminierungs- und Coming-Out-Beratung einen vielfältigen Beratungsbedarf z.B. zu Partnerschaft, Lebenskrisen, Mehrfachdiskriminierung von Lesben und Schwulen mit Migrationshintergrund, Einsamkeit, Depressionen, Suizidgefährdung, Sucht, Kontaktstörungen, Folgen sexueller Gewalt und zu Fragen der Umsetzung des Lebenspartnerschaftsgesetzes und des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes. Zusätzlich verzeichnen wir gerade in Ballungsräumen eine konstant steigende Beratungsnachfrage insbesondere zu den Themen „Regenbogenfamilien“, „Kinderwunsch“ und „Familiengründungen von Lesben und Schwulen“. Der Bedarf steigt sowohl qualitativ als auch quantitativ. Trotz knapper Ressourcen bauen die Träger lesbischer und schwuler Selbstorganisation neue bedarfsorien-

tierte Angebote auf, akquirieren Spenden und weitere Drittmittel und müssen dabei oftmals auf eine tarifgerechte Bezahlung der wenigen Fachkräfte verzichten.

Die Beratung von Lesben, Schwulen und ihren Angehörigen, die Betreuung von Selbsthilfegruppen, die Akzeptanzförderung gegenüber gleichgeschlechtlichen Lebensweisen und die zielgruppenspezifische strukturelle HIV-Prävention werden weiterhin überwiegend ehrenamtlich geleistet. Kürzungen sind daher kontraproduktiv zum erklärten politischen Willen, Eigenverantwortung und Ehrenamt wertzuschätzen und zu fördern. Kürzungen gefährden die mühsam aufgebauten Hilfestrukturen bei Lesben und Schwulen.

3. Lesben und Schwule übernehmen Verantwortung, sie sind vernetzt, unterstützen sich gegenseitig und befähigen andere, die spezifischen Belange von Lesben, Schwulen und ihren Angehörigen zu berücksichtigen.

Ein allgemeines Bewusstsein für die Lebenssituation und die spezifischen Problemlagen von Lesben, Schwulen und ihren Angehörigen steht in Politik und Wohlfahrtspflege noch in weiter Ferne. Der Bedarf an Aufklärung, Politik- und Fachberatung ist enorm. In keinem Bereich lesbischer und schwuler Selbstorganisation sehen wir Doppelstrukturen, ganz im Gegenteil! Selbst der Verwaltungsaufwand, den die geförderte Finanzierung mit sich bringt, wird in diesen Bereichen bereits mit ehrenamtlicher Unterstützung geleistet.

Kürzungen in der lesbischen und schwulen Selbsthilfe würden nur einen marginalen Einsparungseffekt erzielen und wären gleichzeitig ein starkes politisches Symbol, das für die Schwächung und Gefährdung der Selbstorganisation einer sozialen Minderheit stünde. Nicht zuletzt würde damit ein politisches Signal fortdauernder Benachteiligung gesetzt.

Kommunale Kürzungen sind für die haupt- und ehrenamtlichen Strukturen demotivierend und teilweise Existenz gefährdend! Sie verschärfen die Benachteiligung von Lesben und Schwulen und sind nicht geeignet, eine Gesellschaft ohne Homophobie voranzubringen.

Für alle Angebote gilt, dass sie in Zeiten knapper Kassen und gegen den Spartrend der letzten 10 Jahre verwirklicht wurden. Dort, wo es hauptamtliche Strukturen in den Kommunen gibt, sind diese unterfinanziert.

Die Landesverbände fordern die Aktiven der lesbischen und schwulen Selbsthilfe auf, sich solidarisch an Aktionen gegen Sozialabbau zu beteiligen und sich gemeinsam für eine Stärkung der Selbsthilfestrukturen einzusetzen, damit Eigenverantwortung und Selbstbestimmung gestärkt werden.

Aussprache

In der Aussprache geht es zunächst um die Kritik des Kölner Lesben- und Schwulentags e.V., dass der Brief auf Bitten eines Mitglieds aber ohne sein Wissen bzw. Zutun an die Kölner Fraktionen gegangen sei. Außerdem – so Vertreter_innen des KLUST – sei der Brief am Thema vorbeigeschrieben. So könne man nicht holzschnittartig in eine Stadt hineingucken, die ganz anders diskutiere. So ein Brief sei sogar schädlich. Der KLUST wolle und müsse eine differenzierte Diskussion führen. Unter Punkt 3 würden gar Denkverbote ausgesprochen. Wenn die Solidaritätskeule auf einer Gaycom ausgepackt werde, dann höre es für den Vorstand des KLUST auf. Vorstandskollegin Sabine Arnold stimmt dem im Großen und Ganzen zu. Insbesondere die Überschrift des ersten Punktes sei ein schlimmer Satz, da finde sie sich nicht wieder. Sie findet es schlimm, dass die Opferbeschreibung, die hier stattfindet, weiter geschrieben wird.

Auch Marco Malavasi vom LSVD Ortsverband sieht sich nicht per se als Teil einer benachteiligten Minderheit. Inhaltlich schließe er sich dem Papier an, das sei eine wichtige Botschaft für das Land NRW, die in alle Kommunen geht. Davon sei Köln eine, vielleicht auch eine einzigartige. In Köln müsse man bereit sein, mit Politik in allen Farben zu diskutieren. Da komme man auch weiter. Die Botschaft des Briefes sei richtig, be- dauerlich findet er die Art und Weise des Umgangs miteinander.

Dr. Marie Sichtermann bittet um Ergänzung in der Vorlage, dass die Kommunen ihre eigenen Strukturen auf Offenheit für LSBT untersuchen müssen. Es solle nicht nur um Forderung auf Finanzierung gehen.

Steffen Schwab äußert sich zur genannten Verfahrenskritik. Der Vorstand des Schwulen Netzwerks NRW hatte seine Mitgliedsorganisationen angefragt, zu denen auch der KLUST gehöre. Es habe unterschiedliche Reaktionen gegeben, auch solche, die eine entsprechende Aktivität des Landesverbandes als ungehörige Einmischung empfänden. Aus Köln kam eine aktive Unterstützungsanfrage seitens des Sozialwerks für Lesben und Schwule. Dabei bittet er um Entschuldigung, dass die anderen Kölner Organisationen nicht einbe-

zogen wurden. Das solle jetzt hier in gewisser Weise nachgeholt werden, um die Schärfe aus der Diskussion zu nehmen.

Frank Bauer vom LSVD-Landesvorstand ergänzt, dass die Thematik natürlich einen landesweiten Aspekt habe.

Andreas Wolter aus dem Rat der Stadt Köln hält die Kritik des KLUST eher für eine sehr „kölsche Debatte“. Zerstrittenheit im politischen Raum schade der Sache doch sehr. Ihm wäre ein eindeutig solidarisches Signal aus der Kölner Szene wichtig gewesen. Das gebe ja auch das Schreiben wieder. Er findet es schädlich, hier eine Debatte zum Thema Doppelstrukturen zu führen, das würden unsere Gegner nur ausnutzen. Er unterstütze das Schreiben ausdrücklich. Es gebe eigentlich kein Kürzungspotential.

Sabine Arnold entgegnet, dass es erlaubt sein müsse, dass man über diese Themen diskutiert und kritische Fragen stellt. Da dürfe man nicht unter den Generalverdacht der Entsolidarisierung gestellt werden.

Josefine Paul bekräftigt, es sei gut, dass es dieses Schreiben gebe. Es darf nicht kaputt gespart werden. Das sollte an alle 350 Kommunen gehen. Ergänzend wünschte sie sich, dass es auch einen kleinen Querverweis auf die Landespolitik gibt.

Frank Siekmann vom SLADO in Dortmund gibt zu bedenken: Wenn sich in Dortmund der Verein Schibsel an die LAG Lesben gewandt hätte, hätt er als SLADO –Vertreter die LAG Lesben nicht gescholten, wenn sie den Verein unterstützt hätte. Schön wäre es, wenn wir das hier als gemeinsame Erklärung herausgegeben hätten. Solidarität einzufordern, finde er als eine Selbstverständlichkeit.

Deborah kann sich als Transgender Mensch größtenteils mit dem Schreiben einverstanden erklären. Ihr fällt aber auf, dass ihr Thema in der Formulierung nicht durchgehalten werde. Auch sei es den Leuten nicht klar, dass die Problemlagen unterschiedlich sind. Aber entweder immer LSBT benennen oder eben nicht.

Kalle Wahle aus Düsseldorf gibt zu bedenken, dass unsere Gesellschaft gerne konsumiere. Der Brief sei insofern etwas scharf formuliert. Wenn wir fordern würden, müssten wir auch etwas bringen. Dann werde die Tür auch nicht zugeschlagen.

Torsten Schrodts berichtet: In Essen seien sie ausgelacht worden, als sie ein Jugendzentrum gefordert haben. Er stellt die Frage, was das Kölner Thema eigentlich für alle anderen bedeute. Was wäre in anderen Städten gewesen, wenn so ein Brief aufgelaufen wäre. Da hätten sie sich auch geärgert. Aber dafür hat sich ja Steffen Schwab entschuldigt. Der Landesverband hätte das Sozialwerk in Köln unterstützen können. Für alle Kölner Träger zu sprechen, dafür hätte er es mit allen abstimmen müssen. Aber es muss auch möglich sein, gegen Einzelmeinungen solidarisch zu sein.

Markus Danuser nimmt an dieser Stelle die Entschuldigung des Vorstands an und stellt die weitere Verfahrensfrage. Soll der Brief als Ergebnis der GAYCOM an die Kommunen im Land verschickt werden?

Marco Malavasi fügt noch hinzu, dass es ihm wichtig sei, dass es einen Mehrheitsbeschluss der Stadt Ag in Köln gab mit einem Angebot an die Stadt Köln. Die Kritiker an dem Schreiben hätten nicht zu Kürzungen aufgerufen und auch nicht freiwillig Kürzungen angeboten. Sie haben aber ein Gesprächsangebot gemacht, Kürzungen nicht per se auszuschließen. Das sei doch auch der richtige Weg. Es gab dadurch eine Wiederbelebung des kommunalpolitischen AK in Köln.

Steffen Schwab erklärt zum Ende der Aussprache, dass das Papier eine Stellungnahme der Verbände – und nicht ein Beschluss der GAYCOM sei (die habe insofern ja auch nicht wirklich ein Mandat). Das Schreiben steht zur Verfügung für die, die es wünschen. Ein Abstimmungsfehler mit den örtlichen Trägern würde dem Vorstand nicht mehr unterlaufen.

Frau Frings aus dem MGEPA wünscht sich, dass das Papier in einem mehr werbenden Duktus abgefasst würde. Thorsten Schrodts ergänzt, er halte es für zu defizitorientiert, wir würden doch auch ganz viel leisten. Weitere Rückmeldungen drehen sich darum, mit einem solchen Papier nicht nur Kürzungen abwehren zu wollen.

Gabriele Bischof erklärt: Die LAG Lesben in NRW und das Schwule Netzwerk NRW seien seit mehr als 10 Jahren aufgefordert, die Position der Lesben und Schwulen in NRW zu stärken. Die LAG habe fast 50 Mitgliedsgruppen, die meisten arbeiten ehrenamtlich. In der LAG werde immer wieder über Finanzierungsfragen diskutiert. Wir haben als Verband zur Kenntnis genommen, dass wir stark sind, dass wir mit wenig Ressourcen viel erreichen. Unsere Mitglieder sind nicht in dieser Position. Unser Thema ist immer wieder die Sichtbarkeit. Natürlich sei das Papier verbesserungswürdig. Die Verbände würden es entsprechend überarbeiten.

5 Perspektiven der kommunalen und landesweiten Förderpolitik 2011 | Stand der ARCUS-Stiftungs-Initiative | Aktuelles

Aufgrund der fortgeschrittenen Zeit konnte dazu leider kein Austausch mehr stattfinden.